

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Postämtern 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich 36 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 15 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen und beschicken die Abonnenten und Geschäftsstellen. Im Falle höherer Bewältigung oder sonstiger Verhältnisse behält sich die Redaktion das Recht vor, die Zeitung oder Zeitung des Bezugspreises. — Nichtzahlung eingezahlter Beiträge erfolgt nur, wenn Postamt bezeugt.

Abzugspreis: die Hauptzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 gespaltene Reklamazeile im regelmäßigen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Anzeigen und Werbungsstellen werden nach Möglichkeit am besten und billigsten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Angaben nicht verantwortlich. Anzeigen nach dem amtlichen Tarif zu berechnen. Anzeigen nach dem amtlichen Tarif zu berechnen. Anzeigen nach dem amtlichen Tarif zu berechnen.

Nr. 30. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2840. Sonnabend den 5. Februar 1927

## Spitzenleistungen.

Eine bald grauig-abstoßende, bald angenehm-luzivellige Mischung von hoher Politik und Alltagsereignissen in Stadt und Land, so zieht die Geschichte unserer Zeit in den Spalten der Blätter, ewig wechselnd und ewig fortschreitend zu neuen Einsichten und Handlungen des Menschengeschlechtes, an uns vorüber. Die Fülle der Ereignisse ist so groß, das Zeitmaß der Entwicklung so fürnisch geworden, daß nur immer ein mehr oder weniger bescheidener Ausschnitt den Zeitgenossen geboten und von ihnen gewürdigt werden kann. In Deutschland hat eben wieder einmal eine neue Regierung ihren Einzug im Reichstage gehalten und der „Kampf der Wagen und Gefänge“ um ihr Programm, um ihr Wesen und ihr Wollen, hat mit all der Frische und Lebendigkeit begonnen, die wir schon von unzähligen Vorgängern solcher Tage eindrucksvoll genug im Gedächtnis behalten haben. Herr Marx, das Haupt des bürgerlichen Mehrheitskabinetts, hat es diesmal für richtig gehalten, sich dem hohen Hause mit einer ganz ins einzelne gehenden Einführungsrede vorzustellen, vielleicht in der stillen Hoffnung, daß dann wenigstens nicht alle guten Vorsätze, zu denen er sich zu bekennen hatte, von den in der Opposition verbliebenen Parteien so unbarbarisch zerstückelt werden würden, wie es nun einmal Brauch geworden ist. Er ist ja der Mann der Versöhnung der Gegensätze, des Ausgleichs, der Volksgemeinschaft, und wenn ihm auch die langjährige Praxis seiner Minister- und Kanzlerschaft gerade in dieser Beziehung eine Enttäuschung nach der anderen eingetragen hat, seine hoffnungsfreudige rheinische Denkart und Empfindungsart ist doch nicht so leicht umzubringen. Zu einem Gesinnungswandel, den man ihm hier und da, weil er nun den Weg zu den Deutschnationalen gefunden hat, nachsagt, ist er ganz bestimmt zu vorgeschritten an Jahren und zu gefestigt in ernster, in strenger Lebensarbeit gewonnenen Überzeugungen. Er hat jetzt nur einen anderen Weg gewählt zu dem Ziel, dem er zustrebt und das für ihn Glück und Wohlfahrt des deutschen Volkes bedeutet.

Daß der Kanzler mit seinen neuen Ministerkollegen auf dem Wege — zunächst wenigstens — mehr Kritik als freudige Zustimmung und Mitwirkung finden muß, wird ihm gewiß keinen Augenblick verborgen geblieben sein. Aber er ist ein eruster Mann und weiß über die nächstliegenden Bestreben, die unmittelbar zurückzulegen sind, hinwegzusehen auf kommende Bindungen und Entscheidungen, mit denen der Staatsmann, wenn er sich dieses Namens würdig zeigen will, gar nicht früh genug rechnen kann. Er wird, das ist ohne Zweifel, für die Sache, der er mit der neugebildeten Regierung dienen will, schwer und mühsam zu kämpfen haben — nicht nur gegen die politischen Parteien, die in ablehnender Haltung verharren. Immerhin, wenn die Opposition an der sachlichen Loyalität festhält, die sie jetzt eingeschlagen hat, dann wird man schon eine ganze Weile leidlich auskommen können.

Ungleich kriegerischer als das Reichstagsbild dieser Tage präsentiert sich dem Beobachter der Zeitereignisse das Schlachtfeld, auf dem die deutsche Verbretterwelt gegenwärtig ihrem Latendrang die Fingel schießen läßt. Wir sind auch auf diesem Gebiete schon an mancherlei Spitzenleistungen gewöhnt, aber auch hier sollen wir, wie es scheint, dauernd mit Fortschritten und Hervorwärtigen aller Art, wenn auch nicht erfreut, so doch überrascht werden. Wer ein Interesse daran hat, seine Vergangenheit als eine ständereine Folge unschuldsvoller Jahre erscheinen zu lassen, um daraus auch für eine künftige gefährdete Gegenwart vor Polizei und Gerichten den Anspruch auf Vertrauen und Glaubwürdigkeit herleiten zu können, der bemüht sich um möglichst geräuschlose Beseitigung lästiger Gerichtsakten, mit denen ihm etwa von gar zu gestrengen Aufpassern ein Strich gedreht werden möchte. Und wenn er fürchtet, aus eigener Kraft mit dieser immerhin nicht ganz leichten Aufgabe nicht fertig werden zu können, so wendet er Hilfe sogar bei Männern zu finden, die zu amtlichen Wächtern dieser Aktenstücke bestellt sind. Wenn aber alle Stränge reißten, dann bleibt immer noch für sehr findige und sehr gewissenlose Naturen ein letzter Ausweg: man steckt einfach das ganze Gerichtsgebäude, so wie es steht und geht, von unten bis oben in Brand — dann werden doch sicherlich mit Nichtertischen und Auflegebänken, mit Zeugnisschreibern und Geschworenensitzen auch die dummen Altenberge ein Raub der Flammen werden, die irgendwo in diesen heiligen Hallen aufgespeichert zu werden pflegen. Den ersten, zunächst noch etwas schwächlich ausgefallenen Versuch zu dieser Art radikaler Selbsthilfe haben wir dieser Tage in Potsdam erlebt; der nächste wird schon bessere Erfolge haben, bis die Herren Interessenten vielleicht, um mit Stumpf und Stiel auszurotten, was ihnen hinderlich ist, kleine Döllnermaschinen oder Dynamitpatronen zur Anwendung bringen werden. Die Nordkaten in Stadt und Land häufen sich derartig, daß die vielbewährten Spezialisten unserer Landesstrafpolizei ihr Spitzgewerbe nachgerade schon im Umherziehen betreiben müssen und ihre Zahl kaum noch ausreicht, um überall zur Stelle zu sein, wo es nötig wäre. Wenn es so weitergeht, wird es den Zeitungslesern gewiß an täglicher Abwechslung auch fernherin nicht fehlen. Was aber dann aus dem deutschen Volke, seiner sittlichen Reinheit und der Sicherheit seiner öffentlichen Zustände werden soll, das wissen die Götter.

## Das Regierungsprogramm und die Parteien. Die Aussprache im Reichstag.

Berlin, 4. Februar.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wurde im Reichstage fortgesetzt. Die Sitzung zeigte zwei besondere Merkmale, einmal eine Rede des Fraktionsführers des Zentrums, des Abg. Guérard, zum anderen eine Erklärung des Führers der Deutschnationalen, des Abg. Grafen Westarp. Der Abg. Guérard gab in seiner Rede noch einmal eine kurze Entstehungsgeschichte des jetzigen Reichskabinetts und betonte, daß das Zentrum die Durchführung des Regierungsprogramms überwachen werde. Graf Westarps Erklärung enthielt einige Ergänzungen zu seiner am Donnerstag gehaltenen Rede, die, wie es heißt, in Zentrumskreisen einige Verstimmung hervorgerufen haben soll. Diese Verstimmung, soweit sie überhaupt vorhanden hat, ist allerdings durch Besprechungen behoben worden, die zwischen dem Abg. Guérard und dem Grafen Westarp stattgefunden haben. Jedenfalls steht fest, daß alle Verärgerung verschwunden seien und daß die neue Koalition zu arbeiten beginnt.

### Sitzungsbericht.

(263. Sitzung.) Berlin, 4. Februar. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der politischen Aussprache über die Regierungserklärung. Abg. von Guérard (Ztr.) erklärte, daß eine Oppositionsrede der Sozialdemokraten zu erwarten gewesen wäre, die aber bei ihm und bei seinen Freunden die Hoffnung nicht erlöschte, daß die Sozialdemokratie auch in Zukunft trotz ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung ihre Aufgabe darin sehen werde, Hüter und Vertreter des Reiches, der jungen Deutschen Republik zu sein. (Beifall im Zentrum, Bewegung bei den Sozialdemokraten.) Der gemeinsamen Arbeit mit den Sozialdemokraten werde das Zentrum stets gedenken. Er glaube, daß er namens seiner ganzen Fraktion spreche, wenn er der Hoffnung Ausdruck gebe, daß, wenn auch die politischen Notwendigkeiten das Zentrum jetzt andere Wege gehen lassen, die Führungsnahme nach links nicht ganz verlorengehe. Das Ziel des Zentrums sei die Festigung und der organische Ausbau des deutschen Staates. Darum könne er nicht anerkennen, daß nunmehr eine neue Epoche der innen- und außenpolitischen Entwicklung begonnen habe. Das Zentrum sei nie gewillt gewesen, eine grundsätzliche Wendung der deutschen Politik zuzulassen. Das Verhalten der Sozialdemokratie in verschiedenen Fragen hätte die Stellung des Zentrums außerordentlich erschwert und man hätte eine Koalition mit den anderen bürgerlichen Parteien ins Auge fassen müssen, obwohl man beim Zentrum der Meinung gewesen sei, daß die Zeit zu einer Reichsregierung noch nicht reif gewesen sei. Der Redner schilderte noch einmal die ganzen Vorgänge, die schließlich zur Bildung des jetzigen Kabinetts geführt hätten. Eine Reichstagsauflösung, die das Zentrum am wenigsten zu fürchten hätte, würde nur zu einer Verewigung der Krise geführt haben. Der Redner betonte mit Nachdruck, daß das Zentrum an seinen Manuskripten unverbrüchlich festhalte. Es sei erfreulich, daß durch die Annahme dieser Richtlinien das deutsche Volk in der Außenpolitik einmal völlig einig geworden sei. Eine Änderung der Überzeugung hätte man von den

### Deutschnationalen

nicht verlangen können, wohl aber eine Anerkennung der Verfassung von Weimar. Ein solches Opfer der Überzeugung sei wohl auch von dem Abg. Scheidemann nicht verlangt worden, als er während des Krieges als fälschlicher Staatssekretär bestellt worden sei. (Heiterkeit rechts und in der Mitte, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ein außerordentlich innenpolitischer Fortschritt sei darin zu erblicken, daß auch die Vereinbarungen über das Vorgehen gegen verfassungswidrige Vereinigungen von den Deutschnationalen ohne Vorbehalt anerkannt worden seien. Dem Zentrum erwache jetzt die besondere Aufgabe, die Arbeit für den neuen Deutschen Staat ohne Gefährdung seines Zusammenhangs fortzusetzen. Die Erklärungen der Regierung seien so klar, daß sie keine Auslegung im Sinne des Grafen Westarp verrägen. Der Redner sprach gegen die Sozialdemokratie könne sich das Zentrum nicht anschließen. Der Redner sprach weiter die Fragen des Reichshofschulches.

Wenn auch die Verfassung von der staatlichen Schule spräche, so müsse man doch ausprechen, daß die Schulpolitik in der nächsten Zukunft allen Deutschen den notwendigen Respekt und die innere Freiheit für die sittlichen und geistigen Faktoren zur Pflicht sei. (Beifall im Zentrum.)

### Noch ein Mißtrauensvotum.

Inzwischen in ein völliger Mißtrauensantrag eingegangen, der sich gegen den Reichskanzler Dr. Marx, den Außenminister Dr. Stresemann und den Finanzminister Dr. Köppler richtet.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärte, die Rede des Grafen Westarp hätte unter dem Zeichen des Fluches einer achtjährigen hemmungstosen Opposition gestanden. Die Deutschnationalen seien überdemokratisch in ihren Mitteln und unbeneidlich in ihren Zielen. Keine Erklärungen und Gegenklärungen würden den Schaden wiedergutmachen können, den diese Koalition, die nicht zusammengehört, schon am ersten Tage ihres Auftretens erlitten habe. Man könne schon heute sagen, daß die Deutschnationalen keine eigene Außenpolitik machen würden, aber sie erschweren es durch ihre Reden dem Außenminister, das Vertrauen für seine gute Außenpolitik zu gewinnen. Die Regierung müsse die Politik der Verständigung so fortsetzen, einheitlich und ohne Rücksicht auf Parteipolitik

treiben, daß das Rheinland geraumt und die allgemeine Abklärung herbeigeführt werde. Die Festigung der Republik würden die Deutschnationalen ebenfalls nicht aufhalten können. Der Redner sprach weiter Finanzfragen und erklärte, daß die wirkliche Nationalisierung des Finanzwesens nur möglich sei auf der Basis des Unitarismus. In der Schulpolitik läge man die Richtlinien nicht ohne Bedenken. Am bedenklichsten sei die Entstehungsgeschichte der neuen Regierung. Reichskanzler Marx hätte seine Bemühungen, eine Koalition der Mitte zu bilden, vorzeitig aufgegeben. Die Ausdehnung der Rechte des Reichspräsidenten nach amerikanischem Muster sei undenkbar. Das deutsche Volk sei für ein Zweiparteiensystem noch nicht reif.

### Erklärung des Grafen Westarp.

Unter allgemeiner großer Spannung gab dann Graf Westarp (Ztr.) folgende Erklärung ab: Die Politik der Neuanlage sei, wie die Deutschnationalen stets ausgeführt hätten, kein deutscher Begriff. Den Gedanken an eine Politik der Gewalt hätte er auch wegen Deutschlands Notwendigkeit für ausgeschlossen erklärt. Deshalb hätten die Deutschnationalen eine Außenpolitik mit dem Ziel gegenseitiger Verständigung im Einklang mit der Regierungserklärung sich zu eigen gemacht. Die Feststellung der Tatsache, daß die deutschnationalen Minister an den letzten Kabinettsbeschluss über die Festigung und Kriegsgericht nicht teilgenommen hätten, habe eine unbegreifliche Erregung wachgerufen. Diese Feststellung entspreche aber ebenso den Tatsachen wie der Ansicht, daß der Inhalt des Beschlusses noch nicht bekannt sei. Selbstverständlich sei, daß die deutschnationalen Minister, nachdem sie Mitglieder des Kabinetts geworden seien, den Beschlüssen durchzuführen bereit seien. Die Überzeugung endlich, daß das Volk der gegenseitigen Verständigung eine Verwirklichung nicht gefunden habe, solange deutsches Land von fremden Truppen besetzt sei und unter fremder Herrschaft stünde, sei, wie er wisse, Allgemeingut. Gerade daraus folge die Notwendigkeit, auf die er besonders hingewiesen habe, in weiteren Verhandlungen den Anspruch Deutschlands auf endliche Klärung zur Durchführung zu bringen.

Abg. Leicht (Bav. Sp.) wies auf die zahlreichen Bemerkungen hin, die jetzt zustande gekommenen Regierung seine in den Weg zu legen. Überraschenderweise werde dieser Versuch nach der geistigen Rede des Abg. Grafen Westarp wiederholt. Seine Partei billige die Erklärung der Regierung und werde sie loyal in der Durchführung ihres Programms unterstützen.

Der Abg. Henning (Bölk.) nannte die Regierungserklärung ein Sammelfurium von Versprechungen. Der Redner beantragte dann das völlige Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler, den Außenminister und den Finanzminister und meinte schließlich, die neue Regierung verdanke ihre Geburt nur der landesverräterischen Scheidemann-Rede. Eine wirkliche Schwendung zur nationalen Richtung sei nicht zu erkennen.

### Unterbrechung der Sitzung.

Nach dieser Rede wurde die Sitzung unterbrochen, um dem Reichsrat Gelegenheit zu einer Besprechung zu geben. Nach Wiedereröffnung der Sitzung beantragte Abg. Dr. Stöcker (Komm.) die sofortige Beratung einer Interpellation, worin die Regierung gefragt wird, ob es ihr bekannt sei, daß der neue Reichsinnenminister von Rudell auf seinem Gute eine Abteilung der verbotenen Olympia-Organisation beherberge und ob die Regierung bei dieser Sachlage es für möglich halte, daß Herr von Rudell ihr weiter als Innenminister angehöre. (Bewegung links, Zurufe von rechts.) Präsident Loh erklärte, die Interpellation könne erst in der geschäftsordnungsmäßigen Frist auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Als erster der zweiten Rednerreihe zur Regierungserklärung meinte der Abg. Dr. Landsberg (Soz.), es sei noch nicht dagewesen, daß eine Regierungscoalition mit solchen Auseinandersetzungen beginne, wie sie hier gehört worden seien. (Abg. Schulz-Bromberg (Ztr.) rief: „Um so besser wird sie halten.“) Nach vor einem Jahre sei in einem deutschnationalen Kabinett dem Außenminister Dr. Stresemann die nationale Gesinnung abgesprochen und der verstorbenen Reichspräsident Lohert in der deutschnationalen Presse mit Beschimpfung und Verleumdung überschüttet worden. Der Redner ersuchte im Verlaufe seiner Ausführungen um die Veröffentlichung des Protokolls, worin die früheren deutschnationalen Minister zugeben, daß sie von vornherein der Locarnopolitik zugestimmt hätten. Die Sozialdemokraten müßten das fordern, angesichts des ungeheuren Mißbrauches der Westarp-Rede und der Regierungserklärung.

Abg. Dr. Lejeune-Jung (Ztr.) betonte den christlichen Willen und die ehrliche Bereitschaft seiner Partei, an den praktischen Aufgaben der neuen Regierung mitzuarbeiten. Der Redner ging dann auf die Probleme der Wirtschaft und der Sozialpolitik ein. Er bezeichnete dabei als das ernste Problem für lange hinaus das bevölkerungspolitische. Hier gelte es nicht bloß, die Erwerbslosen zu beschäftigen, sondern die Erwerbslosen wieder zu bodenständigen Arbeitern mit selbstbestimmten Arbeitsmöglichkeiten zu machen. Der Redner betonte besonders die Notwendigkeit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Alle Maßnahmen zur Linderung der sozialen Not würde seine Partei unterstützen, darunter auch alle Bestrebungen, auf Übergangs- und Notmaßnahmen in der Arbeitszeit. Die beste Sozialpolitik sei immer noch eine gute Produktionspolitik. Die Deutschnationalen Partei erstrebe eine Wirtschaftspolitik, die Stadt und Land wieder zusammenführe.

Minister des Inneren v. Rendell ging auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Landsberg (Soz.) ein, der ihn gefragt hatte, ob sich der Reichsinnenminister Herrn Stapp zur Verfügung gestellt hätte. Diese Frage beantwortete der Minister mit nein! (Hört! hört! rechts.) Es sei allerdings richtig, daß die preussische Regierung ihn am 1. Juli 1926 zur Disposition